

## **DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 11. 11. 2017, Neunkirchen**

EntschlieÙung

**Neuen Anlauf nehmen für einen radikalen Politikwechsel – Für Frieden - gegen Kaputtsparen – für mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie – gegen Rechts!**

Die Lage und Zukunft der Arbeitenden im Saarland wird prekärer.

Einige Stichpunkte:

In Betrieben, Verwaltungen, im Dienstleistungssektor wächst bei den Beschäftigten die Unsicherheit. Beschäftigte in Konzernbetrieben werden gezwungen auf berechtigten Lohn und Sozialleistungen zu verzichten. Tausende Arbeitsplätze sind nicht sicher. In der Stahlindustrie werden weiter, insbesondere bei der Dillinger Hütte Arbeitsplätze vernichtet. Auch in der Saarstahl-Schmiede in Völklingen. Prekäre Arbeitsverhältnisse haben im Saarland Hochkonjunktur. Die Löhne hinken dem Bundesdurchschnitt hinterher. Von sozialer Gerechtigkeit keine Spur. Studenten werden ab dem nächsten Jahr mit Verwaltungsgebühren zur Kasse gebeten, die Universität unterliegt einem Sparzwang. Die Kinderarmut im Saarland hat sich zu einem gesellschaftspolitischen Skandal ohnegleichen entwickelt. Seit mehreren Jahren kämpfen Pflegerinnen und Pfleger in saarländischen Krankenhäusern um Entlastung. Die Groko erklärt sich einverstanden, aber die lange Bank bestimmt das Verhalten. Die Daseinsvorsorge in den Kommunen wird gekürzt, dennoch Gebühren und Abgaben erhöht. Jetzt sollen per Diktat der CDU die Gemeinden zu weiteren Sparmaßnahmen durch Zusammenlegung von Gemeindestrukturen gezwungen werden. Mit „Sicherheitspartnerschaften“ des Innenministeriums mit Stadtverwaltungen werden Freizügigkeit und Demokratie abgebaut. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Die Reichen werden reicher.

Erst in 200 Jahren könnte das Saarland „schuldenfrei“ sein. Bis dahin regiert die rigorose Schuldenbremse. Der „neue“ Länderfinanzausgleich, der keiner ist, ist Dogma. Bis 2020 sollen jährlich 600 Millionen € eingespart werden. Eine wirksame Entschuldung der Kommunen kann nicht stattfinden. Notwendige Sozialpolitik, orientiert an den Erfordernissen und Notwendigkeiten, findet nicht statt. Die Kinderarmut wird nicht bekämpft. Die Lage wird sich daher verschlechtern. Die Groko kuschelt, knickt vor Berlin ein, obwohl dort immer mehr Mittel für Rüstung und Kriegspolitik eingesetzt werden, um die von der NATO vorgegebene Zielmenge von 2 % des BIP für die weitere Aufrüstung zu erreichen. An der Subventionierung von Großkonzernen und Großbanken wird festgehalten.

Wir teilen die Einschätzung von Oskar Lafontaine, dass die CDU-SPD-Koalition die Lage schönredet. Wir weisen schon seit Jahren daraufhin, dass die Lage katastrophaler wird, dass sich die Situation für diejenigen, die in einer prekären sozialen Lage gefangen sind, weiter verschlechtern wird. Nutzen zieht derzeit daraus in erster Linie die AFD, die jubelt.

Seit diesem Jahr sitzt sie im Landtag. Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Demagogie, Diffamierung von Andersdenkenden bestimmen ihr Auftreten im Landtag. Damit kann sie ablenken von den wirklichen Ursachen sozialer Ungerechtigkeiten und kann Druck für den Kurs nach rechts machen. Ihr wird es durch Schönredner der Groko sehr leicht gemacht. Letztlich werden die Probleme unter den Teppich gekehrt. Vorhandene und objektive Zukunftsängste wurden durch das Ergebnis der Landtagswahl 2017 nicht beseitigt.

Die Große Koalition aus CDU und SPD will an ihrem Kurs des „weiter so“ festhalten. Es ist eine Sackgasse, in der letztlich nur die Anpassung an die politischen Konzepte und politischen Losungen der extremen Rechten stehen wird.

Solange die Verursacher von Krisen und Unsicherheit, der Gegenwarts- und Zukunftsprobleme nicht benannt werden und unbehelligt bleiben, solange die gesellschaftlichen Ursachen nicht erkannt werden, wird sich an diesem gefährlichen Kurs nach rechts nichts ändern.

Gesellschaftspolitischer Fortschritt und mehr soziale Sicherheit, mehr soziale Gerechtigkeit, eine bessere Zukunftsperspektive wird es nur geben, wenn man sich mit „Heiligtümern“ dieser kapitalistischen Gesellschaft beschäftigt, mit ihnen auseinandersetzt und nach nachhaltigen Alternativen sucht und für diese eintritt.

Wir Kommunisten sind keine Anhänger dieses kapitalistischen Systems. Es ist ein System der Ausbeutung, in dem die Profitmaximierung über den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen steht. Schauen wir uns in der Welt um: Dieses System ist menschenfeindlich und auch parasitär. Es muss überwunden werden. Wege und Konzepte müssen und können gesucht werden. Es gibt keine Alternative dazu. Eine andere Welt ist möglich!

Wir Kommunisten fordern seit Jahren einen radikalen Politikwechsel. Es geht uns dabei perspektivisch um eine Wende hin zur Friedenspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt. In der Bundesrepublik. Auch in diesem Bundesland müssen dafür Signale gesetzt werden. Dies sind in erster Linie der Widerstand gegen die Kaputtsparpolitik, gegen die Schuldenbremse und der Kampf um Verbesserungen der Lage. Es ist der Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen, Sozialabbau in den Betrieben und im öffentlichen Dienst. Es ist der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, um mehr Mitbestimmung und den Erhalt der kommunalen Strukturen. Es ist das Engagement gegen rechtes Gedankengut, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Es ist ein Kampf um eine andere Verteilung der Reichtümer dieser Gesellschaft. Die Reichen müssen endlich zur Kasse gebeten werden – für eine Millionärssteuer jetzt! Das Saarland muss endlich entschuldet werden! Wir wollen ein besseres Leben für alle arbeitenden Menschen! Jetzt!

- Es gibt Widerstand. Es gibt viele Forderungen für einen Politikwechsel. Auf vielen Feldern in der Gesellschaftspolitik. Der Druck der Pflegerinnen und Pfleger ist beeindruckend, ihr Kampf macht Hoffnung. Die Forderungen wurden mit 5000 Unterschriften unter den Saarbrücker Appell unterstützt. In den 20 Positionen zum Stand des Kampfes sind sehr wertvolle Erfahrungen und Lehren für die Durchsetzung von berechtigten Forderungen aufgearbeitet. Die Initiative „Für eine lebenswerte Zukunft! Millionärssteuer jetzt!“ will Druck entwickeln für eine gerechtere Umverteilung. Stahlarbeiter thematisieren ihre Zukunftsforderungen. Die Journalisten des Saarländischen Rundfunks nehmen ihre soziale Lage nicht mehr hin und streikten. „Bunt statt Braun“ ist eine Bewegung, die sich Rassismus und Ausländerfeindlichkeit entgegen stellt. Es gibt Bündnisse für Frieden, für Abrüstung, für die Energiewende, Initiativen für eine ökologische Landwirtschaft. Die Abschiebep Praxis steht auch im Saarland in der Kritik. Es gibt Widerstand gegen die Demagogie der AFD und das Treiben von Nazis.
- Es entwickeln sich Auseinandersetzungen und Debatten in der SPD um ihre politische Zukunft. Diese und auch eine Oppositionsrolle der SPD im Bund wird wesentlichen Einfluss auf das Verhalten der Gewerkschaften haben. Eine mögliche Jamaika-Koalition in Berlin wird Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der Groko im Saarland haben. Auch auf die Politik der Gewerkschaften hier vor Ort, die sich unbedingt aus der Fessel dieser Koalition und deren Politik lösen müssen und eigene gesellschaftliche Interessen vertreten müssen.
- Wir Kommunisten schätzen ein, dass wichtige Fragen sich weiter zuspitzen. Wie in einem Brennglas stellt sich die Frage: Wie kann nachhaltig das Kräfteverhältnis verändert

werden? Wie kann das Projekt „Politikwechsel“ breite Mehrheiten gewinnen und wie und durch wen letztlich durchgesetzt werden? Was sind die wesentlichen Inhalte eines solchen Projektes?

- Reicht das parallele Herangehen und Handeln im Widerstand und zur Durchsetzung berechtigter Forderungen, die ja Elemente eines Politikwechsels sind, alleine aus? Was sind tragfähige, verbindende Glieder aller von Krise, Unsicherheit und Perspektivlosigkeit Betroffenen und vor allem der Handelnden?
- Es geht um Antworten auf die Frage: Wie können nachhaltige Veränderungen im Sinne eines Politikwechsels durchgesetzt werden? Was umfasst ein solches Projekt?
- Die DKP sieht zum offenen Dialog, zum produktiven Diskurs aller, die eine fortschrittliche Veränderung wollen und dafür wirken, keine tragfähige Alternative. Aus unserer Sicht ist ein neuer Anlauf, eine neue Initiative dafür dringend notwendig: Ohne Junktimes, ohne Ausgrenzung, ohne Arroganz und Überheblichkeit, ohne die Bühne der Selbstdarstellung, ohne Instrumentalisierung für egoistische Ziele und damit verbundene Vereinnahmungsversuche.
- Die DKP steht für einen solches Herangehen. Wir werben dafür. Die DKP wird im Saarland dafür entsprechend ihrem Einfluss und ihren Möglichkeiten eintreten, handeln und Initiativen unterstützen.
- Der Bezirksvorstand wird beauftragt in der nächsten Arbeitsetappe entsprechende Initiativen zu entwickeln: Neuen Anlauf nehmen für einen radikalen Politikwechsel im Saarland– Für Frieden - gegen Kaputtsparen – für mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie – gegen rechts!
- Wir setzen unsere Kampagne „Stoppt die Kaputtsparer“ fort. Wir unterstützen die saarländische Initiative „Für eine lebenswerte Zukunft - Millionärssteuer jetzt“. Wir wollen in der Unterschriftensammlung durch organisierte Sammlungen von Unterschriften unter diesen Aufruf aktiver werden. Dies ist für uns ein ganz konkreter Beitrag der Solidarität und zur Unterstützung des Kampfes der Pflegerinnen und Pfleger gegen den Pflegenotstand. Denn damit kann die Einnahmeseite in den öffentlichen Haushalten verbessert werden!
- In der Rüstung sind sie fix – für verschuldete Länder und Kommunen tun sie nix! Wir unterstützen die bundesweite Initiative „Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten!“ Es geht darum, zu verhindern, dass weitere finanzielle Ressourcen in sinnloser Kriegsvorbereitung und in möglichen neuen Kriegsabenteuern verpulvert werden! Wir wollen mithelfen, dass diese Einsicht sich auch im Saarland weiter verbreitet.
- Wir engagieren uns in und mit der DKP im Saarland. So nehmen wir unseren politischen Platz in der Gesamtpartei DKP ein. Unser Ringen für die Stärkung der DKP ist untrennbarer Bestandteil davon.

Einstimmig angenommen